

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRI SCH.

FAUST



10 Jahre FAUST

Jubiläumsausgabe

Newsletter des Juso-Unterbezirks Braunschweig - Mai 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, dass wir euch in diesem Jahr die Jubiläumsausgabe unserer Zeitung präsentieren können. Seit 10 Jahren verteilen wir Jusos nunmehr die FAUST kostenfrei an Schulen. Dabei haben wir stets den Fokus auf kritische Beiträge gelegt, in denen wir gesellschaftliche Zustände und Verhältnisse an den Pranger stellen, die Menschen weltweit ausgrenzen. Aber auch kleine Erfolge, die wir zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort erreichen konnten, haben wir euch Jahr für Jahr hier präsentiert.

Diese Tradition setzen wir natürlich auch in dieser Ausgabe fort. In diesem Zusammenhang beschreibt unser Titelbericht den Erfolg, den wir gegen starken Widerstand einiger etablierter SozialdemokratInnen auf unserem letzten Parteitag in Braunschweig erreicht haben. Die SPD in Braunschweig steht Dank des Engagements vieler Jusos nun für die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs aller SchülerInnen, unabhängig von ihrem Alter.

Darüber hinaus könnt ihr auf den nachfolgenden Seiten dieser Ausgabe kritische Beiträge zu den Themen Vorratsdatenspeicherung, Bürgerentscheide, dem Bewertungssystem an Schulen sowie einen Aufruf zum 1. Mai entnehmen. Abschließend berichten wir euch von der aktuellen Situation von Flüchtlingen und den NOBRAGIDA-Demonstrationen.

Wie in den vergangenen 10 Jahren wünschen wir euch auch dieses Mal viel Spaß beim Lesen.

Eure FAUST-Redaktion

Jusos fordern kostenlose SchülerInnenfahrkarten für die Oberstufe und Berufsfachschulen

Eines ist klar: Mobilität ist die Grundvoraussetzung einer freien Gesellschaft.

Um mobil zu sein, sind viele Braunschweigerinnen und Braunschweiger

auf die Nutzung von öffentlichen Ver-

kehrsmitteln angewiesen. Ins-

besondere die SchülerInnen

dieser Stadt

nutzen Bus

und Bahn so-

wohl für den Schulweg als

auch in der Freizeit. Jedoch

werden derzeit auf Grundlage schul-

gesetzlicher Vorschriften nur die Beförderungskosten

von SchülerInnen der ersten bis zur zehnten Klasse übernommen. Die Schüler-

Innen der Oberstufe müssen die Kosten ihrer Beförderung bisher alleine tragen.

Dieser Ausschluss scheint angesichts der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr außer-

ordentlich willkürlich.

Die SchülerInnen dieser Stadt sind auf den ÖPNV angewiesen. Nicht nur für die An-

bzw. Abreise von der Schule sondern auch im weiteren gesellschaftlichem Leben.

Jugendliche, die sich aktiv engagieren in Sportvereinen, Verbänden oder andere

freizeitliche Aktivitäten planen, müssen in den meisten Fällen die Beförderung durch öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Auch

SchülerInnen, die in der Nähe ihrer Schule wohnhaft sind, sollten die Möglichkeit ha-

ben den ÖPNV in ihrer Freizeit kostenfrei zu nutzen.

Die SchülerInnengruppe der Jusos

streitet schon lange für die Einführung einer solchen

Regelung. „Wir brauchen eine allge-

meine kostenfreie SchülerInnenbe-

förderung, um die Partizipation

aller SchülerInnen am gesellschaftlichen

Leben zu ermöglichen“ merkt Lisa

Reinke, Koordinatorin der Juso-Schüler-

Innengruppe an. Aus diesem Grund wollen die Jusos in-

nerparteilichen Druck ausüben, damit die kostenlose Nahverkehrsnutzung in Braun-

schweig schnellstmöglich Realität wird.

Einen ersten großen Erfolg konnten die Jusos auf dem letzten Parteitag der SPD

Braunschweig erzielen. Hier haben die Jusos diese Forderung innerhalb der SPD

gegen Widerstand einiger GenossInnen durchgesetzt. „Diese eindeutige Position-

ierung ist wichtig, damit dieses willkürliche Verfahren endlich der Vergangenheit

angehört“, resümiert Manon Luther, stellvertretende Vorsitzende der Jusos Braun-

schweig. Nach der Einführung der Nachtbuslinien wird dies das nächste verkehr-

politische Projekt in Braunschweig sein, welches auf Grundlage der Jusos in Braun-

schweig umgesetzt wird.

MACH MIT!

Jusos &

Juso-SchülerInnengruppe,

mittwochs 18.30 Uhr,

SUB, Bohlweg 55,

BS

Einfach mal reinklicken:

www.jusos-bs.de **jusos**  **stadt braunschweig**

Über Bürgerentscheide

Ein Kommentar von Enrico Hennig

Die Forderung nach mehr Bürgerentscheiden ist eine zu einseitige Betrachtung der Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie, die vom stetigen Rückgang der Wahlbeteiligung geprägt ist.



Bürgerentscheide lösen die bestehenden Probleme nicht, sondern verstärken sie vielmehr. Denn die Frage nach mehr Teilhabe ist immer noch eine Ressourcenfrage. Wer beispielsweise über mehr Freizeit, höhere Bildung und große finanzielle Mittel verfügt, kann seine Interessen besser organisieren und damit eher durchsetzen. Grundvoraussetzung für demokratische Elemente ist daher auch die soziale Sicherheit aller Menschen. Solange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, sind lautstarke Forderungen nach solchen Instrumenten nicht zielführend.

Doch selbst bei Sicherstellung der Voraussetzungen stellen Bürgerentscheide kein Kriterium für eine demokratischere Gesellschaft dar. Interessenausgleiche verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gerieten in Vergessenheit und könnten sich wandeln in einen Kampf der Bevölkerung gegen die politische Klasse. Lösungsansätze komplexer gesamtgesellschaftlicher Probleme reduzieren sich damit auf Einzelentscheidungen, deren finale Fragestellungen im Übrigen von einer sehr viel kleineren, elitären und nicht-parlamentarischen Gruppe geprägt werden, die keinerlei demokratische Legitimation besitzt. Aus diesem Grund fordern auch einige reaktionäre Bewegungen wie PEGIDA/BRAGIDA mehr Bürgerentscheide.

Die Lösung eines ernst gemeinten Demokratisierungsprozesses steckt vielmehr im Modell der partizipatorischen Demokratie, welches nicht nur auf die politische sondern auch auf die wirtschaftliche Ebene Einfluss nimmt. Es beinhaltet den Wandel von einer Entscheidungs- zu einer Gestaltungsdemokratie, in der Menschen nicht nur über fertige Konzepte entscheiden, sondern selbst mitgestalten können.

Vorratsdatenspeicherung? Nein, danke!

Hast du heute schon telefoniert oder eine SMS versendet? Dann hast du nicht nur soziale Kontakte gepflegt, sondern auch Daten produziert, die bald gespeichert werden sollen, denn seit dem 15. April liegen Leitlinien für einen Gesetzesentwurf vor.

Es sollen Verkehrsdaten erfasst und 10 Wochen lang gespeichert werden. Demnach wird archiviert, wer wann mit wem Kurznachrichten ausgetauscht oder telefoniert hat. Ebenso Gesprächsdauer, Standortdaten sowie IP-Adressen. Diese Daten sollen laut Leitlinie abgerufen werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand als TäterIn oder TeilnehmerIn eine schwere Straftat begangen hat. Dafür gibt es einen festgelegten Straftatenkatalog. In den Leitlinien heißt es, dass Grundrechtseingriffe auf das absolut Notwendige beschränkt werden sollen.

Die Frage, die wir Jusos uns stellen, ist: Sind diese Grundrechtseingriffe überhaupt notwendig?

Häufig wird als Argument für eine anlasslose Datenspeicherung gesagt, dass damit Anschläge wie auf Charlie Hebdo verhin-

dert werden können. Doch in Frankreich gibt es die Vorratsdatenspeicherung seit 2006, die Daten werden sogar 12 Monate gespeichert. Auch das konnte das

Attentat nicht verhindern, obwohl die Täter nicht unbekannt waren: Sie wurden bereits seit Monaten von Behörden überwacht.

Ein weiteres Argument lautet, dass mit Vorratsdatenspeicherung Straftaten schneller aufgeklärt werden können. Zuerst aber

muss aufgeklärt werden, wer die Tat begangen haben könnte. Erst wenn Verdächtige feststehen, kann man mittels der Daten eventuelle Hintermänner ausmachen. Vorher nutzen die Daten nichts. Doch ganz ehrlich: Welcher Mensch, der eine Straftat plant, nutzt sein Telefon, wenn es überwacht wird?

Die Datenspeicherung stellt alle unter Generalverdacht, verhindert keine Anschläge, ist bei der Aufklärung ineffektiv und wurde 2010 vom Bundesverfassungsgericht sowie 2014 vom Europäischen Gerichtshof für rechtswidrig erklärt.

Unsere Antwort lautet: Nein! Deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung ab!

Erika Witt



Jusos unterstützen den internationalen ArbeiterInnen-Kampftag am 1. Mai!



Der 1. Mai ist traditionell der Jahrestag, an dem sich Menschen weltweit für soziale Arbeitsbedingungen und für die Überwindung autoritärer Strukturen einsetzen. Er ist damit vielmehr als ein bloßer Feiertag der Arbeit.

Auch in diesem Jahr gehen wir daher auf die Straße und setzen uns dafür ein, dass sich die Lebensbedingungen vieler Menschen weltweit verbessern. Dabei konnten wir als Jusos in der Vergangenheit bereits zahlreiche Erfolge verbuchen. So haben wir noch vor zehn Jahren einen gesetzlichen, branchenunabhängigen Mindestlohn gefordert – gegen die Meinung aller Gewerkschaften und der SPD. Inzwischen ist der Mindestlohn nicht nur bei der Mehrheit der Gesellschaft akzeptiert sondern auch gesetzlich verankert.

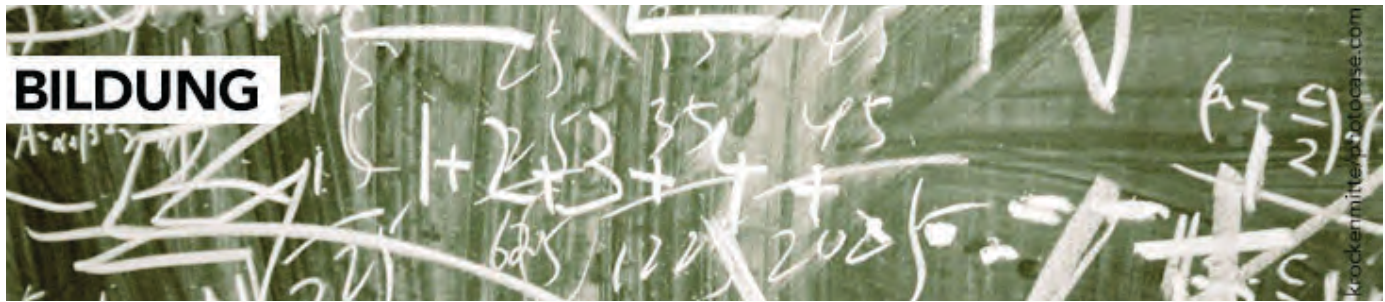
Doch auch das reicht uns noch nicht. Wir setzen uns seit Jahren ebenfalls für eine verbesserte Arbeits- und Ausbildungssituation

vieler Beschäftigter an ihrem Arbeitsplatz ein. Unter anderem fordern wir einen Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte, Jugend- und Ausbildungsververtretungen (JAV) sowie eine paritätische Besetzung von Aufsichtsräten zwischen Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen in Kapitalgesellschaften. Außerdem stehen wir für eine Reform des Berufsbildungsgesetzes, damit sich die Bildungssituation von Auszubildenden in ihrem Ausbildungsbetrieb und in der Berufsschule verbessert.

Unsere Forderungen beschränken sich aber nicht nur auf bundesweite Reformen. Gleichzeitig stehen wir als internationalistischer Richtungsverband dafür ein, dass die Armut schaffenden und diskriminierenden Strukturen weltweit überwunden werden, welche vom kapitalistischen Wirtschaftssystem hervorgebracht werden.

Aus diesem Grund: Sei dabei und gestalte die Zukunft mit uns! Wir treffen uns mittwochs, 18.30 Uhr, Falkenzentrum SUB, Bohlweg 55, Braunschweig. Enrico Hennig

Gegen Noten und Sitzenbleiben an Schulen



Schon in der Grundschule werden junge SchülerInnen mit den Noten als Bewertung konfrontiert. Sei es die Bewertung von 1 bis 6, die Bewertung mit den Punkten von 0 bis 15 oder sogar das in einigen Bundesländern angewandte Verfahren mit bestimmten Buchstaben als Bewertungsmethode – die Jusos richten sich klar gegen diese Arten der Bewertung. Das Auftreten von Noten in Bewertungen hat häufig einen nicht nachvollziehbaren und willkürlichen Hintergrund, da durch die unspezifische Art der Bewertung durch Noten die Leistung der SchülerInnen verallgemeinert wird und Menschen auf einfache Zahlen reduziert werden. Deshalb treten häufig weder spezifische Schwächen, noch Stärken der betroffenen SchülerInnen hervor und ein individueller Eingang auf diese wird nur schwer möglich gemacht.

Durch Noten wird der Leistungsdruck von SchülerInnen erheblich erhöht. Man steht im ständigen Vergleich zu den anderen SchülerInnen, wodurch ein regelrechter Konkurrenzkampf entsteht. Es wird häufig nicht für die Zukunft gelernt, sondern für die Noten. Eine Art „Bulimie-Lernen“ entsteht. Oft werden Inhalte, nachdem die Note feststeht, wieder vergessen, da es den Anschein macht, als gäbe es keinen anderen Zweck für das Erlernte, als den Erhalt von Noten. Noten haben nur noch die Funktion, die Einschätzung der Leistung von Menschen möglichst einfach zu machen. Aufgrund einer gewissen Willkür bei der Notenvergabe und des Einflusses der Stimmung eines/einer LehrerIn auf die Notenvergabe entstehen allerdings Ungerechtigkeiten. Ein/e SchülerIn, die bei der/dem einen LehrerIn eine 1 bekommen hätte, bekommt

bei der/dem anderen eine 3. Wir Jusos befürworten ein textliches Zeugnis, welches auf individuelle Schwächen, und auch auf Stärken eingeht. Der Weg dahin ist aber noch lang. Darüber hinaus finden wir Jusos, dass die Wiederholung eines Schuljahrs keine sinnvolle Maßnahme zur Förderung von SchülerInnen darstellt. Denn häufig hat der Grund des Wiederholens seinen Ursprung in einigen wenigen Fächern. SchülerInnen sollten eine individuelle Förderung in diesen Fächern erhalten. Dies würde den SchülerInnen mehr helfen, als dass der komplette Unterrichtsstoff wiederholt wird. Durch diese Maßnahme bliebe außerdem die Klassengemeinschaft erhalten. Zudem bliebe den Schulen ein nicht notwendiger Verwaltungs- sowie Kostenaufwand erspart.

Lennard Vogt & Matthias Luther



Gerecht weiterdenken: dafür stehen wir!

Bildung für alle!

Bildung muss allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen ab der Geburt zu ermöglichen. Lebenslanges Lernen ist ein wichtiger Grundstein der persönlichen Emanzipation.

Gleichstellung jetzt!

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Ungleichbehandlung und Unterdrückung gehören abgeschafft.

Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Deshalb fordern wir u.a. einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit und stärkere betriebliche Mitbestimmungsrechte.

Umwelt, Energie und Mobilität

Umweltpolitik ist für uns nicht nur eine ökologische und ökonomische Herausforderung, sondern auch eine soziale. Energie und Mobilität müssen auch in Zukunft allen Menschen nachhaltig zur Verfügung stehen.

Kampf gegen Rechts

Wir stellen uns gegen jede Art von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit! Wir kämpfen entschieden gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

Internationale Solidarität

Für uns als internationalistischer Jugendverband ist internationale Solidarität eine Verpflichtung, die sich Tag für Tag in unserer Arbeit wiederfindet.

Hast du Interesse, bei uns mitzumachen oder Informationen von uns zu erhalten?

Name: _____

Alter: _____

Beruf: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

E-Mail: _____

Ja, ich möchte Juso-Mitglied werden.

Ja, ich habe Interesse an Juso-Informationen per Post.

Ja, ich möchte den Juso-Email-Newsletter erhalten.

Bei Interesse Abschnitt abgeben bei: Jusos in der SPD, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig oder E-Mail an: info@jusos-bs.de

#NOBRAGIDA - Wehret den Anfängen!

Seit Januar gibt es mit dem Namen BRAGIDA einen Braunschweiger Ableger der rechten PEGIDA-Bewegung. Diese Gruppe demonstriert nahezu wöchentlich und äußert dabei deutlich, was sie als ihr Feindbild betrachtet: Flüchtlinge, besonders sogenannte „Schmarotzer“, Muslime, eine sogenannte „Lügenpresse“, Linke, Parteien und viele mehr.

Das Bündnis gegen Rechts, als breites Sammelbecken vieler Vereine, Parteien, Gewerkschaften und politischer Gruppen, organisiert seitdem Gegenkundgebungen und mobilisiert jedes Mal große Mengen an Menschen, die durch ihr zivilrechtliches Engagement zeigen, dass sie rechten Gruppen nicht einfach ungestört die Bühne überlassen.

Die Jusos Braunschweig beteiligen sich wöchentlich an den Gegenkundgebungen und rufen auch weiter alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger dazu auf, sich an den Aktionen des Bündnisses gegen Rechts zu beteiligen.

Wie wichtig dieses Engagement ist, zeigt sich in der Gefahr, die von BRAGIDA ausgeht. Nahezu wöchentlich fällt diese Gruppe mit einem neu-

en Eklat negativ auf. Erst durch bekannte Rechtsradikale, die auch mit verbotenen Sprüchen einen Polizeieinsatz mit sich führten. Später durch eine Kundgebung in Nähe der Landesaufnahmebehörde für AsylbewerberInnen, um gezielt vor Ort ein Feindbild gegenüber Flüchtlingen zu schüren. Und zuletzt durch die Teilnahme des PEGIDA-Gründers Lutz Bachmann aus Dresden, der auch bereits durch hasserfüllte Beleidigungen gegenüber Flüchtlingen auf facebook aufgefallen ist.

Solange BRAGIDA diesen Hass schürt, werden wir auch weiter mit vielfältigen Methoden dagegen demonstrieren!

Peter Senftleben



Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt.

Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeuge Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 18:30 Uhr im Falkenzentrum SUB (Bohlweg 55, neben Burger King). Noch Fragen? Meldet Euch bei Enrico Hennig (info@jusos-bs.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter:

www.jusos-bs.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Juso-Unterbezirk Braunschweig

www.jusos-bs.de

Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Kontakt: 0531-4809821

V.i.S.d.P.: Enrico Hennig

Redaktion: Enrico Hennig, Manon Luther,

Lennard Vogt, Erika Witt

Druck: BS Print DigitalRepro GmbH

Auflage: 2.500 Exemplare

Refugees Welcome - helfen statt hassen



Kaum ein politisches Thema wird zurzeit so emotional und oft auch vorurteilsbehaftet diskutiert wie die Flüchtlingspolitik. Bedingt durch den Krieg in Syrien hat sich die Zahl an Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in letzter Zeit erhöht. Dass viele Menschen in Deutschland diese Geflohenen zu Sündenböcken für ihre eigenen Existenzängste machen wollen, ist traurig und beschämend. Hinter den Behauptungen, viele Flüchtlinge seien kri-

minell und würden sich auf Kosten der Einheimischen ein schönes Leben machen, stecken jedoch Unwissenheit, Ignoranz und oft auch die rassistische Ablehnung alles Fremden.

In Wahrheit haben viele Flüchtlinge eine lebensgefährliche Tortur hinter sich, um sich in Sicherheit zu bringen. Die finanziellen Mittel, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden, liegen noch unter dem Existenzminimum.

Wenn also rechtsradikale Gruppen Einheimische, die mit ihrer Lebenssituation vielleicht zurecht unzufrieden sind gegen Flüchtlinge aufhetzen, ist das besonders perfide. Anstatt sich mit den Ursachen für Krieg und Armut auseinanderzusetzen, wird hier ein Konflikt zwischen arm und arm geschürt.

Europa und gerade Deutschland als wohlhabende Region haben die Verpflichtung, Schutz vor Krieg und Verfolgung zu bieten und Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben zu ermöglichen, das ihnen in den Heimatländern verwehrt wird.

Ismail Ünüverdan
Peter Senftleben